

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 05. Mai 2011 11:19
An: romana.knorre@stvg.com; frauenarbeit.oe@evang.at; teilen@kfb.at; petra.bayr@parlament.gv.at; n.plhak@oegf.at; michaela.moser@armutskonferenz.at; birgit.eder@tirol.gv.at; birgit.eder@tirol.gv.at; sonja.wasner@noe.hilfswerk.at; briggitte.hingerl@hilfswerk.co.at; Österreichische Bischofskonferenz
Betreff: Sammelmeldung 05.05.2011 mit Schwerpunkt "Ethikunterricht"
Anlagen: image012.jpg; image015.jpg; Programm.pdf; Einladung.pdf; Anmeldeinformation.pdf; Die neue Schule - gesamt, 3.5.11.pdf

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org



ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 05.05.2011 11:18:26

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und SympathisantInnen, unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein: jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
 Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group
 IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500
 BIC: BKAUATWW**

Wir danken Ihnen für Ihre Einzahlungen im Vorhinein sehr herzlich!

[AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN](#)

[PH-Online](#)

[Lehrgangsangebot der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Edith Stein: LEHRGANG "FRÜHE SPRACHLICHE FÖRDERUNG" - Lehrgangsangebot für KindergartenpädagogInnen](#)

[BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK](#)

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Ethikunterricht: Weitere Klerikalisierung der Bildung droht](#)

[Alle 28 Artikel »](#)

[Zulehner: Moderne Bildung erfordert Religions- und Ethikunterricht](#)

[➔ Siehe auch: PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN](#)

[BILDUNGSVOLKSBEGEHREN](#)

[Androsch: "Für Bildung ambitionierter sparen"](#)

[Alle 17 Artikel »](#)

[Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft" und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufricht. - Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.](#)

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[➔ Presseunterlage von BM Dr. Claudia Schmied als pdf-Beilage „Die neue Schule...“](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen:](#)

[➔ Siehe auch: Wenn der Kindergarten geschlossen oder kein Platz frei ist, sind die mobilen Tagesmütter/ väter des Hilfswerks Kärnten zur Stelle. - Der 5. Mai 2011 ist "Tag der Tagesmütter"](#)
[Einladung - Eröffnung Kärntner Landesausstellung](#)

[NIEDERÖSTERREICH](#)

Meldungen:

Schwarz: „Recht auf Kinder-Betreuung“

➔ Siehe auch: "Tages-Muttertag" am 5. Mai – Tagesmutter. in Beruf mit Zukunft und Sinn.

OBERÖSTERREICH

Meldungen: keine

SALZBURG

Meldungen:

Landesrecht an B-VG-Novelle angepasst

Kontrollkosten für Beschäftigungs-Programm geprüft

STIERMARK

Meldungen: keine

TIROL

Meldungen:

Junge Mütter fühlen sich wohl in Tirol

Pflicht zur Elternbildung möglich

VORARLBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:

"Wien heute" auf Türkisch

FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

Katholische Kirche feiert "Woche für das Leben"

FRAUEN

Aktionen zum Muttertag - Mamamanifeste, arme Mütter und Rose gegen Gewalt

Mutternacht 2011 in Wien

Gemeinsame Medienaktion am Freitag, 6. Mai 10 Uhr am Vormittag auf der Rahlstiege

Einladung zum Filmabend im Top Kino: Dead Mums Don't Cry, 6. Mai um 18:30

"Eine Geburt zu überleben ist für viele Frauen in der Welt ein makabres Glückspiel"

Politisches Nachtgebet in der Mutternacht

Sozialpolitisches Frauenfrühstück zum Muttertag: Mutterglück macht Frauen arm - Wenn Muttersein zum Armutrisiko wird und was dagegen zu tun ist.

GENDER

Gender-Denken: Kinderbücher fördern Rollenklischees

Wenige Frauenfiguren in Kinderbüchern

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

A's Integration wird Inklusion

Alle 30 Artikel »

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

Babygeld soll an "Eltern-Diplom" gekoppelt werden

Alle 5 Artikel »

➔ Siehe auch: TIROL

Kinderbetreuung: Bedarf an privaten Initiativen

KINDERGARTEN

Cortolezis-Schlager: Brauchen bei Schulleistungsuntersuchungen Qualitätssicherung von der Assessment bis zur Erhebung

Müssen bereits im Kindergarten und in der Grundschule ansetzen

PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

Schuldenabbau durch neue Privatisierungen?

Alle 16 Artikel »

Was können und sollen Religions- und Ethikunterricht leisten? - Parlamentarische Enquete zum Thema Ethikunterricht

Ethikunterricht als Pflichtfach für alle oder Ersatzunterricht? - Die Sicht der Pädagogik, Philosophie und Theologie

Breite Zustimmung zur Einführung eines Ethikunterrichts - Parlamentarische Enquete wird mit Diskussion fortgesetzt

➔ Siehe auch: Ethikunterricht: Weitere Klerikalisierung der Bildung droht

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-Aussendungen

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Kinderarmut schließt an Sprachdefiziten

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Wenn der Kindergarten geschlossen oder kein Platz frei ist, sind die mobilen Tagesmütter/ väter des Hilfswerks Kärnten zur Stelle. - Der 5. Mai 2011 ist "Tag der Tagesmütter"

"Tages-Muttertag" am 5. Mai – Tagesmutter. in Beruf mit Zukunft und Sinn.

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Lifelong Guidance Fachtagung "Professionalisierung für Berater/innen und Qualitätssicherung von Angeboten"

[Ehe und Familie im Islam - am Beispiel des Iran - Frühstückstreffen des Österreichischen Familiennetzwerks](#)

[Tagung „Bis hierher... und weiter! Neue Ansätze der Alphabetisierung und Grundbildung“, Johannes Gutenberg-Universität Mainz](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

**AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR
ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN
PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN**

PH-Online

Lehrgangsangebot der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Edith Stein: LEHRGANG "FRÜHE SPRACHLICHE FÖRDERUNG" - Lehrgangsangebot für KindergartenpädagogInnen

Veranstalter: Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein (KPH - Edith Stein)
Lehrgangsdauer: Oktober 2011 bis Juni 2012

Die detaillierten Informationen zu diesem Lehrgangsangebot und zur Anmeldung entnehmen Sie bitten der Datei im Anhang oder der Website www.tirol.gv.at/bildungfuerkinder

Birgit Eder
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Bildung
Fortbildung für KindergärtnerInnen
A-6020 Innsbruck, Heiliggeiststraße 7-9
Tel: +43 (0)512 508 2798
Mobil: +43 (0)676 88 508 2798
Fax: +43 (0)512 508 2555
birgit.eder@tirol.gv.at
www.tirol.gv.at/abteilung-bildung

**BILDUNG,
BILDUNGSPLANUNG,
BILDUNGSPOLITIK**

Elementarpädagogische Datenbank

Ethikunterricht: Weitere Klerikalisierung der Bildung droht

APA OTS (Pressemitteilung)
Wien (OTS) - Immer mehr Schüler und Schülerinnen machen von ihrem Grundrecht auf Religionsfreiheit Gebrauch und beschließen, den Religionsunterricht nicht zu besuchen - darunter sind auch viele Konfessionslose. "Die Zahl jener, die staatlich verordnete ...
[Parlamentarische Enquete zum Ethikunterricht](#) ORF.at
[Diskussion im Parlament über Ethik als Fach](#) Kleine Zeitung

Alle 28 Artikel »

Zulehner: Moderne Bildung erfordert Religions- und Ethikunterricht

APA OTS (Pressemitteilung)
Wien, 04.05.11 (KAP) Religiöse und ethische Bildung gehört zu den Grundanforderungen moderner Bildung und steht in der Verantwortung des Staates. Dies hat der Wiener Religionssoziologe Prof. Paul M. Zulehner im Rahmen einer parlamentarischen Enquete ...
[Österreich: Mehrheit will mehr ethische Bildung](#)

→ Siehe auch: PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Androsch: "Für Bildung ambitionierter sparen"

Kurier
Die Liste der Begehrlichkeiten ist lang: Eine akademische Ausbildung für alle Pädagogen ab dem Kindergarten, der Ausbau vorschulischer Bildung und ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen sind nur einige der Forderungen, die der Industrielle ...
[Bildungsvolksbegehren hat schon genug Unterstützer](#) DiePresse.com
[Androsch kritisiert Finanzrahmengesetz und fordert Ganztagschule - BILD](#) APA OTS (Pressemitteilung)
[nachrichten.at](#) - [derStandard.at](#) - [tt.com](#) - [Wo's Click macht](#)

Alle 17 Artikel »



Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft" und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht. - Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Den genauen Text der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens finden Sie [hier](#).

Beim Eintragungsverfahren sind alle Österreicherinnen und Österreicher stimmberechtigt, die mit Ablauf des letzten Tages des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben und in einer Gemeinde des Bundesgebietes den Hauptwohnsitz haben.

Unterstützungserklärungen können **bis Freitag, den 1. Juli 2011** bei der Gemeinde des Hauptwohnsitzes, beim örtlich zuständigen Magistrat bzw. dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt abgegeben werden: dort liegen die entsprechenden Formulare auf. Sie können das [Formular auch als PDF-Datei](#) herunterladen, selbst ausdrucken und die entsprechenden Daten ergänzen. Mit dieser vorbereiteten Unterstützungserklärung gehen Sie bitte bis spätestens 1. Juli 2011 zu Ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde bzw. zu Ihrem Magistratischen Bezirksamt und leisten dort die Unterschrift auf dieser Unterstützungserklärung.

BM:UJK / BM.W_F

[BM:UJK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

→ [Presseunterlage von BM Dr. Claudia Schmied als pdf-Beilage „Die neue Schule...“](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

→ [Siehe auch: Wenn der Kindergarten geschlossen oder kein Platz frei ist, sind die mobilen Tagesmütter/ väter des Hilfswerks Kärnten zur Stelle. - Der 5. Mai 2011 ist "Tag der Tagesmütter"](#)

Einladung - Eröffnung Kärntner Landesausstellung

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Kärntens kulturhistorisches Großevent über die jahrhundertealte, evangelische Landesgeschichte öffnet am Samstag, 7. Mai, seine Pforten und weicht gleichzeitig das neue Diözesanmuseum in Fresach ein. "Glaubwürdig bleiben - 500 Jahre protestantisches ..."

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen:

Schwarz: „Recht auf Kinder-Betreuung“

NÖN Online

Schwarz: Wir haben den Gratiskindergarten am Vormittag und bei den Kostenbeiträgen für die Nachmittagsbetreuung eine gute soziale Staffelung. Mit einer Höchstgrenze von 80 Euro sind wir da für andere Bundesländer ein Vorbild. NÖN: Auf der anderen Seite ...

→ [Siehe auch: "Tages-Muttertag" am 5. Mai – Tagesmutter. in Beruf mit Zukunft und Sinn.](#)

BERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Landesrecht an B-VG-Novelle angepasst

Salzburg.at

Es geht darum, den Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, so Essl. Grundsätzlich werde in der Kinder- und Jugendwohlfahrt sehr engagiert ...

Kontrollkosten für Beschäftigungs-Programm geprüft

Salzburg.at

Cyriak Schwaighofer (Grüne) sagte, **Kindergartenpädagogik** sei ein wesentlicher Teil unserer Bildungslandschaft. Verbesserungen scheitern häufig an der ...

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Junge Mütter fühlen sich wohl in Tirol

Österreich Journal

Die einzelnen Modelle zur Kinderbetreuung werden insgesamt ausgesprochen positiv bewertet: 91 Prozent der berufstätigen Mütter werten hier mit einem „sehr gut“. Das sind nur einige der erfreulichen Ergebnisse einer Begleitstudie zum Projekt „Wir werden ...“

Pflicht zur Elternbildung möglich

tt.com - Wo's Click macht

Jedoch landen von 3000 Erstgebärenden in Tirol nur 5 % in der Elternbildung. Zoller-Frischauf verweist darauf, dass vieles in Vereinen stattfindet: „Die ...“

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

"Wien heute" auf Türkisch

Kurier

"Wien heute - Haber Magazin" soll die türkische Community ansprechen. Eser Akbaba moderiert ab 15. Mai das „Haber Magazin“ "Haber" heißt "Nachrichten". Auf Türkisch. Der Muttersprache vieler Wienerinnen und Wiener. Für sie haben ÖRF Wien und der ...

FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

Katholische Kirche feiert "Woche für das Leben"

Kathweb

Mai mit "Fest der Familie" in Niederösterreich Wien, 04.05.2011 (KAP) Die österreichischen katholischen Diözesen feiern im Zeitraum von 7. Mai bis

Ende Juni jeweils eine "Woche für das Leben". In den Pfarren finden Gottesdienste und Veranstaltungen ...

FRAUEN

Aktionen zum Muttertag - Mamamanifeste, arme Mütter und Rose gegen Gewalt

"20.000 Frauen" machen klassischen Muttertag zu einem feministischen, Müttersterblichkeit wird eingemahnt und Armutskonferenz rückt Armutsrisiko ins Zentrum

[<Alltag>](#)

Mutternacht 2011 in Wien

Um auf die dringende Umsetzung des Millennium Development Goals (MDG) 5 der Vereinten Nationen – die Senkung der Müttersterblichkeit – hinzuweisen, findet zeitgleich in mehreren europäischen Ländern im Vorfeld zum Muttertag die Mutternacht statt. Dieses Jahr haben sich erstmals auch in Österreich mehrere Organisationen zusammengefunden, die im Rahmen der Mutternacht die Vereinten Nationen und Österreich als Mitgliedsland an ihre Verpflichtung in Bezug auf das 5. Millenniumsziel, die Gesundheit von Müttern zu verbessern, erinnern wollen.

Im Rahmen der Mutternacht möchten wir auf folgende Veranstaltungen und Initiativen hinweisen und Sie herzlich zum Mitmachen und Dabeisein einladen. Der komplette A5 Folder zum Falten steht [hier](#) zum Download bereit.

Gemeinsame Medienaktion am Freitag, 6. Mai 10 Uhr am Vormittag auf der Rahlstiege

Was macht diese Aktion sinnvoll? – Der sinnlose Tod von 350.000 Frauen jedes Jahr!
Im Rahmen der Mutternacht haben wir, die teilnehmenden Organisationen, eine gemeinsame Aktion geplant, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf das Thema Müttersterblichkeit lenken soll. Zudem wollen wir im Rahmen der Aktion eine Plattform bieten, um weitere Veranstaltungen der einzelnen Organisationen zum Thema anzukündigen. Dazu möchten wir möglichst viele als Schwangere verkleidete Frauen und Männer medienwirksam auf einer mit einem "blutigen" Laken bedeckten Stiege versammeln, die dann wie tot umfallen sollen.

Im Rahmen der Mutternacht finden noch weitere Veranstaltungen statt:

Einladung zum Filmabend im Top Kino: Dead Mums Don't Cry, 6.Mai um 18:30

Mütter werden in Afrika ist einer der gefährlichsten Jobs der Welt. Dies ist die zentrale Thematik des 50-minütigen Dokumentarfilms, in dem ein britischer Reporter Einblicke in die Arbeit der afrikanischen Geburtshelferin Grace gibt. Der Film zeigt den Kampf ums Überleben von werdenden Müttern im Tschad und demonstriert unter welch schwierigen Bedingungen Grace arbeiten muss. Dennoch gibt es Hoffnung. In wenigen armen Ländern der Welt wie beispielsweise Honduras wurde Müttersterblichkeit ernst genommen und die Situation der Mütter erfolgreich verbessert.

Im Anschluss an den Film folgt eine kurze Diskussionsrunde über das Thema Reduktion der Müttersterblichkeit als 5. UN-Millenniumsziel. Wer danach noch weiter diskutieren möchte, ist herzlich zu einem Gläschen Wein in der Top Kino Bar eingeladen.

- Wann: 6. Mai 2011, 18:30-19:45 Uhr
- Wo: Top Kino, Rahlgasse 1 (Ecke Theobaldgasse), 1060 Wien

Reservierungen online über www.topkino.at oder telefonisch über die Reservierungsnummer 01/ 208 3000 (ab 15 Uhr).

Eintritt frei.
 Veranstalter



"Eine Geburt zu überleben ist für viele Frauen in der Welt ein makabres Glückspiel"

Unter diesem Motto steht das Würfelspiel, zu dem das Netzwerk Frauenrechte von Amnesty International einlädt: Erwürfelt wird eine Länderkarte, auf der das persönliche Schicksal einer Schwangeren sowie Gesundheitsvorsorge und Geburtsbedingungen in einem bestimmten Land dargestellt sind.

Wann: Gespielt wird an drei Tagen

- Mittwoch, 4. Mai, 16:00-18:00 Uhr
- Donnerstag, 5. Mai, 16:00-18:00 Uhr
- Freitag, 6. Mai, 10:00-16:00 Uhr

Wo: Ecke Mariahilferstraße / Museumsquartier (beim Omofuma-Denkmal; gegenüber Treppe Rahlgasse)

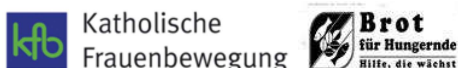
Das **Netzwerk Frauenrechte von Amnesty International** lädt alle PassantInnen herzlich zum Mitspielen ein. Und wer will, kann das Spiel [hier](#) online spielen. Informationen zur Gesundheitsvorsorge für werdende Mütter in den im Spiel genannten Ländern können Sie demnächst hier downloaden.

Mehr Infos zum Netzwerk Frauenrechte von AI unter: <http://frauenrechte.amnesty.at/who-we-are/>



Politisches Nachtgebet in der Mutternacht

Diese ökumenische Form der Liturgie besteht aus drei Teilen: Information, Gebet und Aktion und integriert somit die politische Verantwortung und Umsetzung in die Glaubensfeier. Die **Katholische Frauenbewegung Österreichs** und die **Evangelische Frauenarbeit** haben gemeinsam Unterlagen zur Gestaltung eines politischen Nachtgebets zum Thema Müttersterblichkeit erarbeitet. Diese Unterlagen können ab 18. April 2011 elektronisch bezogen werden bei: teilen@kfb.at oder frauenarbeit.oe@evang.at



Sozialpolitisches Frauenfrühstück zum Muttertag: Mutterglück macht Frauen arm - Wenn Muttersein zum Armutsrisiko wird und was dagegen zu tun ist.

Freitag, 06.05.2011: 10.00-13.30 Uhr
Club 4: Stephansplatz 4, 1010 Wien

Armutsbetroffene Kinder haben armutsbetroffene Mütter (und auch Väter). Während Kinderarmut in den letzten Jahren zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist, werden Hintergründe und Konsequenzen von Mutterarmut vergleichsweise wenig diskutiert.

Im Zentrum der Informations- und Diskussionsveranstaltung stehen neben Einblicken in konkrete Herausforderungen der Alltagsbewältigung armutsbetroffener Mütter die Auseinandersetzung mit strukturellen Hintergründen wie geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen (Gender-Pay-Gap), schlecht bzw. unbezahlte Sorgearbeit, mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sowie die gemeinsame Entwicklung von Strategien gegen Frauenarmut im Allgemeinen und Mütterarmut im Besonderen

und deren Umsetzung.

Im Rahmen der Veranstaltung wird auch die in mehreren Sprachen erhältliche Broschüre "[Märchen und Wahrheit über Frauenarmut](#)" (PDF) präsentiert. [Elisabeth Wöran](#) (Ökonomin, Ao. Univ.-Prof., Institut für Volkswirtschaftslehre, Uni Graz), [Elisabeth Wöran](#) (Österreichische Plattform für Alleinerziehende), [Andrea Abedi](#) (Caritas-Sozialberatung Geneva), [Ursula Dietersdorfer](#) (Familienberatung Wiener Kinderfreunde), [Michaela Moser](#) (Die Armutskonferenz) und weiteren Vertreterinnen der AG Frauen und Armut / Die Armutskonferenz

Weitere Informationen und Anmeldung:

michaela.moser@amutskonferenz.at

[Einladung](#) (PDF)

GENDER

Gender-Denken: Kinderbücher fördern Rollenklischees

FCUS online

Janice McCabe, eine Jungprofessorin für Soziologie an der Florida State Universität, ist der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Kinderliteratur dem Gender-Mainstream in den vergangenen Jahrzehnten angepasst hat. Sie untersuchte gemeinsam mit ...

Wenige Frauenfiguren in Kinderbüchern

RF.at

"Gender in Twentieth-Century Children's Books: Patterns of Disparity in Titles and Central Characters" von Janice McCabe und Kolleginnen ist im Fachblatt "Gender & Society" erschienen (hier die Studie auf der Website der Forscherin). ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

As Integration wird Inklusion

kerner.de

Inklusion bedeutet, dass alle Menschen – unabhängig von einer Behinderung – die Möglichkeit zur Teilhabe in allen Lebensbereichen haben. Die Unterscheidung in "normal" und "anders" ist dann nicht mehr nötig, denn: Es ist normal, verschieden zu sein. ...

[Aktionstag für Gleichstellung Behinderter](#) Südwest Presse

[Ein Tag für das bleibende Miteinander](#) N+KZeit - Nachrichten aus Neckartal und den Wald

[Hamburger Abendblatt - NIEDERLAUSITZ aktuell - HL-live - openPR.de \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 30 Artikel »](#)

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

Babygeld soll an "Eltern-Diplom" gekoppelt werden

derStandard.at

So sollen nur mehr Eltern das Babygeld erhalten, die den zwanzigstündigen Kurs, in dem pädagogische, psychologische und auch "technische" Fertigkeiten zur Kindererziehung vermittelt werden, absolvieren, sagte Ragger am Montag vor Journalisten. ...

[Babygeld nur noch mit "Eltern-Diplom"](#) Kleine Zeitung

[Alle 5 Artikel »](#)

→ [Siehe auch: TIROL](#)

Kinderbetreuung: Bedarf an privaten Initiativen

ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl widerspricht Frauenministerin Heinisch-Hosek. Ihr gehe es bei der Kinderbetreuung nur um Quantität, wichtig sei aber auch die Qualität, so Mandl zur „Presse“.

Die Familienpolitik könnte in den kommenden Monaten in den Mittelpunkt koalitionsr Debatten kommen: Nachdem Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) eine Umschichtung von Geld- zu Sachleistungen und die vermehrte Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen gefordert hatte, widerspricht ihr nun ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl.

Heinisch-Hosek gehe es bei der Kinderbetreuung nur um Quantität, wichtig sei aber auch die Qualität, so Mandl zur „Presse“. „Es besteht ein Bedarf an flexiblen und qualitativ hochwertigen Einrichtungen“, sagt Mandl. Die Öffnungszeiten von öffentlichen Kindergärten würden für berufstätige Eltern oft nicht ausreichen. Privatinitiative wie der Einsatz von Tagesmüttern sei notwendig. Das möchte die ÖVP steuerlich fördern. Geld soll bei Familie bleiben

Das Prinzip solle lauten: Erarbeitetes Geld bleibt bei der Familie, wenn es für Betreuungsleistungen verwendet wird. Das funktioniere in Frankreich gut. Eine Benachteiligung einkommensschwacher Familien durch so ein Modell, das in erster Linie gut verdienenden Eltern zugutekommt, sieht Mandl nicht: Geldleistungen an die Familien und öffentliche Betreuungseinrichtungen sollen ja vorhanden bleiben.

Bei einer Steuerreform, die laut Aussagen von Finanzministerin Maria Fekter möglicherweise noch in dieser Legislaturperiode kommen soll, plädiert Mandl für eine stärkere Berücksichtigung der Familien. Es gebe mehrere Modelle, die er sich vorstellen kann: Beispielsweise ein steuerfreies Existenzminimum für jedes Kind im Haushalt oder das französische Modell, bei dem jedes Kind mit einem bestimmten Faktor berücksichtigt wird. Ab dem dritten Kind gibt es dort deutlich höhere Steuergutschriften.

Was es jedenfalls nicht werden soll: Das frühere deutsche Modell eines Ehegattensplittings. Ehepaare ohne Kinder steuerlich zu bevorzugen, sei „absurd und anachronistisch“.

ARTIN FRITZL (Die Presse)

http://diepresse.com/home/bildung/schule/kindergarten/654919/Kinderbetreuung_Bedarf-an-privaten-Initiativen?from=suche.intern.portal

KINDERGARTEN

Cortolezis-Schlager: Brauchen bei Schulleistungsuntersuchungen Qualitätssicherung von der Ausschreibung bis zur Erhebung

Utl.: ÖVP-Wissenschaftssprecherin zu PISA: Statistische Mängel sind offenkundig - müssen aus den negativen Schlagzeilen herauskommen =

Wien (□TS/ÖVP-PK) - Wir brauchen bei internationalen Schulleistungsuntersuchungen wie PISA eine Qualitätssicherung von der Ausschreibung bis zur Erhebung und mehr Transparenz, forderte heute, Mittwoch, ÖVP-Wissenschaftssprecherin Mag. Katharina Cortolezis-Schlager anlässlich des heutigen Unterausschusses des Unterrichtsausschusses. Debattiert wurde in der Sitzung das Projekt PISA unter Berücksichtigung der Beteiligung des BIFIE sowie weitere internationale Bildungsstudien. Kein Verständnis zeigte die Abgeordnete in diesem Zusammenhang über die Meinung von DDr. Haider. Eine vollständige Veröffentlichung der Daten durch das BIFIE sei durch das im Bezug auf wissenschaftliche und statistische Arbeiten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel haben, durchaus erlaubt und würde viel zur Qualitätskontrolle beitragen können.

"Die Ausschreibung und Zuschlagsvergabe sind undurchsichtig erfolgt, die statistischen Mängel offenkundig", so Cortolezis-Schlager. Sie wies darauf hin, dass selbst die □ECD vor der Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2009 an der Validität der Ergebnisse Zweifel hegte. In Österreich fehle eine kontrollierende und qualitätssichernde wissenschaftliche Instanz hinsichtlich der Auswertung.

Müssen bereits im Kindergarten und in der Grundschule ansetzen

"Wir müssen aus den negativen Schlagzeilen herauskommen und daher aus allen Studien lernen. Besonders wichtig ist es, die Frühförderung auszubauen sowie Verbesserungen bereits in der Grundschule durchzuführen. Internationale Studien wie TIMMS (Trends in International Mathematics and Science Study) oder PIRLS (Progress in International Reading Literacy Study) zeigen, dass wir vor allem im Kindergarten und in der Grundschule ansetzen müssen. Die Unterschiede sind zu hoch. Der rasche Ausbau der Schulautonomie soll helfen, maßgeschneiderte Lösungen für jede Schule und jedes Kind zu finden und anzubieten. Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Kinder und Jugendlichen selbst haben ein Recht auf eine verlässliche Qualität unseres Schulwesens", schloss Cortolezis-Schlager.
(Schluss)

Rückfragehinweis:
 Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
 Tel.: 01/401110/4436
<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** □TS-□RIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTW□RTUNG DES AUSENDERS - WWW.□TS.AT ***

PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

Schuldenabbau durch neue Privatisierungen?

Kurier

Um der Schuldenkrise zu entkommen und Geld für Bildung und Forschung zu lukrieren, werben Sorger und Leitl für eine neue Privatisierungswelle auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Auf der Verkaufsliste stehen in erster Linie die Energieversorger ...

[Wirtschaft fordert Privatisierungen](#) Wiener Zeitung

[Leitl und Sorger: Privatisierungen helfen, Staatshaushalt wieder ins Lot zu ...](#) APA □TS (Pressemitteilung)

Alle 16 Artikel »

Was können und sollen Religions- und Ethikunterricht leisten? - Parlamentarische Enquete zum Thema Ethikunterricht

Wien (PK) – "Werteerziehung durch Religions- und Ethikunterricht in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft" war heute Thema einer Parlamentarischen Enquete, in der nicht nur Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle ihre Standpunkte darlegten, sondern zu der auch zahlreiche ExpertInnen, darunter Univ.-Prof. Anton Bucher aus Salzburg, der Philosoph Univ.-Prof. Konrad Paul Liessmann sowie der Theologe Emer. Univ.-Prof. Paul Michael Zulehner eingeladen waren.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die auch den Vorsitz bei der Enquete führte, unterstrich im Rahmen ihrer Begrüßung, wie wichtig es ihr sei, Themen, wie sie heute zur Diskussion stehen, in grundsätzlicher Art und Weise mit ExpertInnen zu erörtern. Ihr sei darüber hinaus die Öffentlichkeit solcher Debatten ein persönliches Anliegen, weshalb das Protokoll im Internet veröffentlicht werde. Nach einem einstimmigen Beschluss der anwesenden Nationalratsabgeordneten wird das Stenographische Protokoll der Enquete auch ein Verhandlungsgegenstand im Nationalrat sein.

Zunächst kamen Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle zu Wort.

Schmied: Verbindende Werte der Gesellschaft vermitteln und vorleben

Bundesministerin Claudia Schmied erinnerte daran, dass seit dem Schuljahr 1997/98 Schulversuche im Fach Ethik durchgeführt werden. In diesem Jahr nehmen etwa 15.000 Schülerinnen und Schüler an rund 200 Standorten in Österreich daran teil. Die Bedeutung der Ethik sah die Ministerin darin, dass es für junge Menschen in einer Gesellschaft, die mitunter zu einseitig und bedingungslos auf Wettbewerb und Konkurrenz setzt, zunehmend schwieriger wird, die Bedeutung von Kooperation, sozialem Handeln und Solidarität zu verstehen. Hier müsse die Bildungspolitik gegensteuern, damit man nicht den Zusammenhalt und den sozialen Frieden der Gesellschaft aufs Spiel setzt.

Schmied stellte die Frage in den Raum, ob Ethik ein Ersatzfach für den Religionsunterricht werden könne oder ein eigener für alle SchülerInnen verbindlicher Gegenstand. Ethik könne auch als eine Querschnittsmaterie betrachtet werden, die in vielen Fächern zu erarbeiten sei. Jedenfalls sei es geboten, sorgfältig und präzise jene Werte zu definieren, die mit Ethik vermittelt werden sollen. Die Ministerin zitierte Albert Einstein, der Ethik als ein "ausschließlich menschliches Unterfangen" definiert hat, "hinter dem keine übermenschliche Autorität steht". Sie verwies auch auf die Charta der Grundrechte der EU und auf die Europäische Menschenrechtskonvention, woraus sich ableiten lasse, dass man auf weltliche Art und Weise an die Grundwerte herangehen sollte, ohne damit die anerkannten Religionen in Frage zu stellen. An den Schulen habe man die Verantwortung jedes Einzelnen nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft zu erklären, konstatierte Schmied. Es müsse auch die persönliche Identität jedes Einzelnen gestärkt werden, denn das sei die Voraussetzung für einen angstfreien Diskurs in multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften. "Mitgefühl, Einfühlungsvermögen und Anteilnahme ist eine Art Immunität gegen das Unmenschliche und gegen Fundamentalismen", sagte Schmied. Die Aufgabe in Politik und Verwaltung bestehe nun darin, die verbindenden Werte der Gesellschaft zu vermitteln und auch vorzuleben.

Was nun die heutige Fragestellung betreffe, so sind laut Schmied folgende Punkte zu diskutieren: Was darf der weltanschaulich neutrale Staat an Werthaltungen vorgeben? Welchen Beitrag zum Gemeinwohl und damit zum interkulturellen Zusammenleben, zum interreligiösen Dialog und zu den demokratischen Grundprinzipien der Gesellschaft kann der Religionsunterricht heute in einer pluralistischen Gesellschaft leisten? Inwieweit können andere Fächer Fragen unter verschiedenen ethischen Gesichtspunkten behandeln?

Töchterle: Kein Gegensatz zwischen Ethik und christlicher Religion

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Karlheinz Töchterle, zitierte eingangs einen Briefwechsel zwischen dem Apostel Paulus und dem römischen Philosophen Seneca über philosophisch-ethische Fragen. Dieser sei zwar gefälscht, aber treffend gefälscht, bemerkte Töchterle. Er repräsentiere nämlich etwas für ihn ganz Wichtiges, und zwar die enge Verbindung der christlichen Religion mit der antiken Ethik. Das ethische System hätte das Christentum aus der Antike gelernt, viele zentrale ethische Forderungen der christlichen Religion seien aus der Antike entstanden, wie etwa die Tugendlehre aus der Stoa und der Dualismus mit seiner Leibfeindlichkeit. Dieser Befund zeige, dass es keinen wirklichen Gegensatz zwischen Ethik und christlicher Religion gibt. Man sollte daher auch in der aktuellen Situation ein "kluges, ergänzendes Miteinander" sehen, sagte der Minister.

Wenn jemand religiöse Unterweisung nicht zu brauchen meint, so sei es richtig, einen Ersatz zu wählen, meinte Töchterle, und das könne ein guter Ethikunterricht leisten. In dieser sinnvollen Ergänzung könnten beide Fächer agieren und zu einer Erziehung in einer Gemeinschaft beitragen, in der es Werte gibt, in der Werte gelebt werden und in der ein Wertesystem vorhanden ist, für das man sich entscheidet und für das man sich dann auch einsetzt.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0439/index.shtml

Ethikunterricht als Pflichtfach für alle oder Ersatzunterricht? - Die Sicht der Pädagogik, Philosophie und Theologie

Wien (PK) – Die Parlamentarische Enquete zum Thema Religions- und Ethikunterricht wurde mit Impulsreferaten von den Universitätsprofessoren Anton Bucher, Konrad Paul Liessmann und Paul Michael Zulehner fortgesetzt.

Bucher: Ethikunterricht ist kein Ersatz für den Religionsunterricht

Universitätsprofessor Anton Bucher berichtete in seinem Referat über "Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus den Schulversuchen auf der Basis der offiziellen Evaluation im Auftrag des BMUKK".

Die Kirche sei früher dem Ethikunterricht äußerst skeptisch gegenüber gestanden, sagt er, der Staat habe aber in den 90er Jahren sehr wohl die Notwendigkeit ethischer Bildung gesehen, diese aber an die Kirche delegiert. Aufgrund des Engagements von LehrerInnen hätten dann die ersten Schulversuche mit dem Unterrichtsjahr 1997/98 begonnen.

"Der Ethikunterricht hat sich gut bewährt", fasste Bucher die bisherigen Erfahrungen zusammen. Die SchülerInnen geben ihm zufolge dem Unterricht die Zensur 2,2 und beteuerten zum Großteil, dass der Ethikunterricht wesentlich zur Bildung beitrage, die Kenntnis der Weltreligionen vertiefe und zu eigenständigem Urteil ermuntere. Die begleitenden Studien hätten auch ergeben, dass nach einem Jahr zusätzlichem Ethikunterricht ausländerfeindliche Stereotypen ebenso zurückgegangen sind wie das relativistische Lebensgefühl, es sei ohnehin alles egal. Auch die ökologische Handlungsbereitschaft sei gestiegen so wie die Toleranz innerhalb von Gruppen mit unterschiedlichen Religionen.

Der Experte empfahl daher, den Ethikunterricht in allen Staaten der EU ins Regelschulwesen zu überführen. Seiner Meinung nach müsse die Bezeichnung "Ersatzfach" endgültig verschwinden, denn Ethikunterricht könne und wolle kein Ersatz für den Religionsunterricht sein. Vielmehr sollten Religions- und Ethikunterricht als alternative Pflichtgegenstände eingerichtet werden, forderte Bucher. Als eine angemessene Bezeichnung sieht er dafür "Ethik und Religionskunde", da man damit deutlich mache, dass auch im Ethikunterricht das Thema "Religionen" zur Sprache komme. Eine unabdingbare Voraussetzung für einen gelungenen Ethikunterricht ist laut Bucher eine gediegene Ausbildung der EthiklehrerInnen. Die Absolvierung von wenigen Seminaren sei zu wenig.

Der Experte berichtete auch, dass der moderne Religionsunterricht auf eine erstaunlich gute Resonanz stößt. Hier würde es um Mündigkeit und Toleranz, nicht aber um Indoktrination gehen. Dies ziehe selbstverständlich auch innerkirchliche Kritik nach sich, fügte er hinzu. Seiner Meinung nach sollten ReligionslehrerInnen auch mit Ethikunterricht betraut werden können, seine persönliche Vision ist die mittelfristige Einrichtung eines verpflichtenden Ethikunterrichts und Religionsunterrichts in der Sekundarstufe. An den öffentlichen Schulen muss die ethische Bildung aller Kinder und Jugendlicher Vorrang haben, so das abschließende Postulat von Anton Bucher.

Liessmann: Ethikunterricht vom Religionsunterricht entkoppeln

Universitätsprofessor Konrad Paul Liessmann wandte sich dann dem Thema "Ethikunterricht im Spannungsfeld zwischen Religionsersatz und säkularer Moral" zu. Die Einführung eines alternativen Ethikunterrichts als Ersatz für den nicht besuchten Religionsunterricht mag zwar pragmatische Gesichtspunkte haben, die Aufgaben, Möglichkeiten und Perspektiven eines sinnvollen Ethikunterrichts würden dadurch eher verzerrt und beschnitten, kritisierte Liessmann. "Ethikunterricht kann kein Ersatz für den Religionsunterricht sein, weil Ethik kein Ersatz für Religion ist", konstatierte er. Ethik sei nicht das, was von den Religionen überbleibt, wenn man Gott durchstreicht, und Religion sei ihrem Wesen nach keine Ethik für Menschen, die den Prozess der Aufklärung noch vor sich haben. Die Religion erspare den Mitgliedern einer modernen Gesellschaft nicht, sich mit den Fragen einer säkularen Moral auseinanderzusetzen, noch sei diese Moral eine Art Religionsersatz für Atheisten und Agnostiker.

Für Liessmann kann der Ethikunterricht nur dann gelingen, wenn man anerkennt, dass die Ethik Ausdruck des Willens der Menschen ist, die Fragen ihres Zusammenlebens weder einem Gott noch einer Kirche zu überlassen, sondern ihrer eigenen Souveränität und Vernünftigkeit zu überantworten. Die Dringlichkeit des Ethikunterrichts stellt sich ihm zufolge aus zwei Gründen: In einer prinzipiell säkular ausgerichteten pluralistischen Gesellschaft gibt es kein tradiertes Werte- und Normensystem, das von allen relevanten Akteuren eines Erziehungs- und Bildungsprozesses fraglos vorausgesetzt und weitergegeben werden könnte. Eine säkulare Gesellschaft müsse sich deshalb auch über ihre geistigen Fundamente, ihre grundlegenden Werte und ihre normativen Vorgaben stets aufs Neue verständigen. Gerade weil keine Religion mehr eine allgemein verbindliche Autorität beanspruchen könne, seien mündige Menschen gefordert, die um die Möglichkeiten, aber auch um die Grenzen eines ethischen Diskurses Bescheid wissen und diesen

mitgestalten können. "Ethikunterricht ist so eine demokratie-, ja staatspolitische Notwendigkeit", stellte Liessmann dezidiert fest.

Eine moderne und in hohem Maß von Migration und kultureller Vielfalt geprägte Gesellschaft benötige Grundlagen, Formen und Verfahren des Zusammenlebens, die für alle Mitglieder dieser Gesellschaft gelten können. Die Formulierung solcher Grundlagen könne nur eine säkulare Ethik liefern, die unterschiedlichen religiösen und nicht-religiösen Moralvorstellungen einen gemeinsamen Rahmen geben muss. Dass man dabei durchaus auch in Konflikt mit bestimmten religiös fundierten Werthaltungen und moralischen Praktiken geraten kann, sei selbstverständlich. In diesem Sinne ist Ethikunterricht auch eine gesellschafts- und kulturpolitische Notwendigkeit.

Der Bogen in der europäischen Diskussion zur Ethik lote nicht nur die Möglichkeiten einer vernünftigen Ethik aus, sondern auch die Grundlage der aktuellen ethischen Debatten im Bereich der Medizin, der Biopolitik, der Wirtschaft, der Technik und der Gesellschaft. Erste und wichtige Aufgabe eines jeden Ethikunterrichts müsse es deshalb sein, in genau dieses Denken, seine Argumentationsfiguren, seine Voraussetzungen und seine Konsequenzen kritisch und altersgerecht einzuführen. "Die Frage des Ethikunterrichts muss von der Frage des Religionsunterrichts prinzipiell entkoppelt werden", forderte Liessmann. Gerade für Angehörige von Religionen mit rigiden Moralansprüchen sei die Teilnahme an einem religionsneutralen Ethikunterricht von besonderer Wichtigkeit.

Ethik müsste ein für alle SchülerInnen verbindliches Pflichtfach zumindest in der Sekundarstufe II sein, drängte Liessmann. Der Ethikunterricht sei nichts, was von ReligionslehrerInnen oder LehrerInnen anderer Fächer nebenbei erledigt werden könne. Ethik sei keine Querschnittsmaterie, sondern eine umfassende Disziplin, in der Erkenntnisse der Sozial- und Naturwissenschaften ebenso Berücksichtigung finden müssen, wie Fragestellungen, die sich aus dem rasanten technologischen Fortschritt und der globalen Entwicklung ergeben. Liessmann hielt auch ein eigenes Studienfach Ethik für notwendig. Inhalte eines solchen Faches sollten neben den Grundlagen der philosophischen Ethiken auch Grundkenntnisse unterschiedlicher, auch religiös fundierter Moralvorstellungen und Normensysteme sein, die es erlauben, diese ohne ideologische oder konfessionelle Präferenz im Unterricht zur Sprache zu bringen.

Für Liessmann kann es nicht Aufgabe des Ethikunterrichts sein, bessere Menschen zu schaffen, oder bestimmte, oft auch vom Zeitgeist abhängige Wertvorstellungen zu indoktrinieren. Es könne auch nicht Aufgabe sein, eine "Wohlfühlatmosphäre mit Selbstverwirklichungsangeboten und Toleranzrhetorik" zu erzeugen. Aufgabe des Ethikunterrichts könne nur sein, kritisch in jene Denktraditionen und Lebensformen einzuführen, die die Basis unserer Gesellschaft darstellen. Er soll "junge Menschen intellektuell und emotional befähigen, die zunehmenden Debatten über Glücksvorstellungen und Gerechtigkeitskonzeptionen, über Freiheitspotentiale und Verantwortungserwartungen, über Grenzfragen des Lebens und des Todes, über den Umgang mit Unterschieden und Differenzen, über Werte und Wertveränderungen zu verfolgen, zu verstehen und in einer letztlich im Kriterium der Vernünftigkeit gehorchenden Weise zu gehorchen".

Zulehner. Ethikunterricht für jene, die Religionsunterricht abwählen

Universitätsprofessor Paul Michael Zulehner sprach zum Thema: "Religion und Ethik in der Schule einer pluralistischen Gesellschaft" und zitierte eingangs die österreichische Jugendwertestudie aus dem Jahr 2006. Demnach sind 68% der Jugendlichen der Ansicht, dass es Normen gebe, an die sie sich halten wollen. Dabei hätten diese Normen der Jugendlichen einen starken Realitätsbezug. 62% der Befragten wünschen demnach mehr ethischen Diskurs in der Gesellschaft und 57% mehr ethische Bildung in den Schulen.

Obwohl sich seit dem Jahr 1970 die Bedeutung des Religionsunterrichts von "sehr wichtig" zu "wichtig" verlagert hat, sehen es im Jahr 2010 immerhin noch 69% als eine wichtige Aufgabe der Kirche an, Religionsunterricht zu erteilen, und das sei nach wie vor eine Verfassungsmehrheit, unterstrich Zulehner. 66% halten es für wichtig, dass die Kinder in Österreich Religionsunterricht erhalten, um den christlichen Glauben kennen zu lernen. Die Qualität des Religionsunterrichts werde als "sehr gut" bewertet. Für immerhin 69% der Menschen in Österreich ist das Christentum ein Teil der Identität Europas, zitierte Zulehner und fügte gleichzeitig hinzu, dass diese kulturpolitische Forderung nicht an eine eigene religiöse Praxis oder ein kirchliches Commitment gebunden sei.

Die breite Wertschätzung für (sozial)ethische sowie für religiös-weltanschauliche Bildung stehen für Zulehner jedoch nicht beziehungslos nebeneinander. Sozialethische wie individuelle Bildung implizierten stets weltanschauliche Bildung, religiös-weltanschauliche Bildung habe daher immer auch sozialethische wie ethische Konsequenzen.

Die Entwicklung verlaufe nicht einbahnmäßig von der Religion zur Säkularität, stellte Zulehner fest, vielmehr ereigne sich eine "Verbuntung". Man müsse daher künftig von Religionen und von Säkularitäten sprechen, wolle man nicht einer nützlichen Ideologie aufsitzen. Die Bürgerinnen und Bürger eines Landes nähmen diese Verbuntung zwar wahr, sie hätten aber kaum Einblick in das, was Fremde glauben und leben. Das führe nicht selten zu einer durch blinde Stereotypen gesteuerten, Angst besetzten Abwehr. An die Stelle des Antisemitismus sei inzwischen eine sich ausweitende "Islamophobie" getreten, sagte Zulehner.

Daher komme den religiösen und (sozial)ethischen Fragen wachsende Bedeutung zu, wolle man den Frieden sichern. Es werde immer wichtiger, die "Anderen" in ihrer weltanschaulichen und ethischen Option kennen- und wertschätzen zu lernen, die Unterschiede wahrzunehmen und in einem friedfertigen Dialog einzuüben.

Einer demokratischen Gesellschaft könne es nicht gleichgültig sein, wenn unter den Jüngeren die Zahl jener steige, welche die lästig werdende Last der Freiheit wieder loswerden will. Der Anteil der Autoritären unter den Jungen sei seit der Mitte der 90er Jahre von 31% auf 53% gestiegen. Ebenso könne es einer modernen Gesellschaft nicht egal sein, ob die BürgerInnen für Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit sensibel sind oder nicht.

Eine moderne Schule habe daher die Aufgabe, Bildung in religiösen und ethischen Fragen zu vermitteln, ja sie sei dazu verpflichtet. Die SchülerInnen sollten die verschiedenen Weltanschauungen konkret kennen lernen, sie sollen erfahren, wie diese Welt und Leben deuten und welche ethischen Implikationen solche Weltanschauungen haben. Dadurch sollen sie in die Lage versetzt werden, in Freiheit ihre eigene weltanschauliche und ethische Position zu überprüfen und zu erklären. Ein wichtiger Aspekt werde die ständige Spannung zwischen ethischem Ideal und der jeweils erreichbaren Praxis sein. Eine weltanschaulich religiös und ethisch pluralistische Gesellschaft könne nur dann friedlich bleiben, wenn es in der Bevölkerung ein höheres Maß an Pluralitätstoleranz gibt, als es derzeit der Fall sei, zeigte sich Zulehner überzeugt.

Bei der Erfüllung dieser Bildungsaufgaben könne der Staat mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften kooperieren und ihnen unter bestimmten Kriterien Bildung in religiösen und ethischen Belangen in den Schulen durch einen Religionsunterricht anvertrauen, welcher auch ethische Implikationen haben werde. Sobald aber Eltern und SchülerInnen den Religionsunterricht abwählen, stehe nach wie vor der Staat in der Pflicht, Bildung über religiöse und ethische Fragen in den Schulen zu sichern, hielt Zulehner fest. Die Schule könne sich in einer modernen Bildungsgesellschaft nicht um die schulische Bildung in religiösen und (individual- wie sozial-)ethischen Belangen herumdrücken.

Abschließend merkte Zulehner an, dass in einer solchen Entwicklung auch die christlichen Kirchen aufgefordert seien, deutlich zwischen kircheneigener religiös-ethischer Bildung und schulischer Bildung in religiös-ethischen Fragen zu unterscheiden.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0440/index.shtml

Breite Zustimmung zur Einführung eines Ethikunterrichts - Parlamentarische Enquete wird mit Diskussion fortgesetzt

Wien (PK) – Nach den Impulsreferaten wurde die Parlamentarische Enquete zum Thema Werteerziehung durch Religions- und Ethikunterricht mit einer ersten Experten-Diskussionsrunde fortgesetzt. Das Panel dafür bildeten der Sozialwissenschaftler Kurt Greussing, die beiden Bildungsexperten Karl Heinz Auer und Martin Kühnl sowie die Lebens- und Sozialberaterin Maria Neuberger-Schmidt. Nicht nur sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, in den Schulen gezielt Werte zu vermitteln, auch in der weiteren Diskussion stieß die Forderung nach Einführung eines Unterrichtsfachs "Ethik" auf breite Zustimmung. Allerdings waren sich die DiskussionssteilnehmerInnen uneinig, ob es einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle SchülerInnen geben solle oder nur für jene, die keinen Religionsunterricht besuchen. Auch die Finanzierungsfrage blieb unbeantwortet.

Auer: Ethikunterricht endlich ins Regelschulwesen überführen

Karl Heinz Auer, Professor an der Pädagogischen Hochschule Tirol, sprach sich dezidiert für die Einführung eines Ethikunterrichts aus und meinte, nach 14 Jahren Schulversuch sei es an der Zeit, das Unterrichtsfach im Regelschulwesen zu verankern. Die Schulen hätten die Aufgabe, Grundwerte wie Demokratie, Humanität, Gewaltfreiheit, Offenheit und Toleranz zu vermitteln. Dieser Bildungsauftrag gelte auch gegenüber jenen, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchten.

Auer wandte sich allerdings dagegen, für alle Schülerinnen und Schüler einen verpflichtenden Ethikunterricht einzuführen. Dies würde zu einer empfindlichen Schwächung des Religionsunterrichts und dessen Integrationskraft führen, warnte er. Schließlich vermittele nicht nur der Ethikunterricht, sondern auch der Religionsunterricht Werte und Orientierung und stelle den Menschen in den Mittelpunkt. Die weltanschauliche Neutralität des Staates schließe, so Auer, eine Kooperation mit den Religionsgemeinschaften nicht aus. Die gebotene Pluralität finde ihren Ausdruck in der Vielfalt der Religionsunterrichte.

Kühnl: Religionsunterricht und Ethikunterricht haben gleiche Ziele

Martin Kühnl, Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien, nahm zum Thema der Enquete aus Sicht eines Ethiklehrer-Ausbildners Stellung. Seiner Ansicht nach gibt es nur einen scheinbaren Widerspruch zwischen Religions- und Ethikunterricht. In den Schulen herrsche seiner Erfahrung nach eher ein "liebevoller Streit" über die beste Art und Weise, SchülerInnen Orientierung in Sinnfragen zu vermitteln, meinte er. Die "wahre Antithese" zum Ethikunterricht sei der "Konsumismus" und "die Haltung eines Achselzuckens in Wertefragen".

Als besonders wichtig wertete Kühnl die Lehrerauswahl für den Ethikunterricht. Er plädierte für den Einsatz erfahrener PädagogInnen. Was den Inhalt des Ethikunterrichts betrifft, ist man ihm zufolge mit den bestehenden Lehrplänen für die Schulversuche auf einem guten Weg.

Greussing: Offene Gesellschaft muss Werte immer wieder neu verhandeln

Auch der Sozialwissenschaftler Kurt Greussing sprach sich für die Einführung eines Ethikunterrichts an Schulen aus. In einer offenen Gesellschaft gebe es kein zentrales "Sinnreservoir", aus dem man sich anstandslos bedienen könne, meinte er. Deshalb sei es notwendig, verbindliche Werte, die die Gesellschaft zusammenhalten, immer wieder neu zu finden und auszuverhandeln. Gerade in einer multiethnisch, multikulturell und multireligiös verfassten Gesellschaft sei dies eine große Herausforderung. Ein allgemein verbindliches Pflichtfach in den Schulen könnte nach Meinung von Greussing ein zentraler Ort für Wertevermittlung sein.

Greussing wandte sich allerdings strikt dagegen, den Ethikunterricht als Ersatz bzw. als Konkurrenz zum Religionsunterricht zu konzipieren. Von einem "Religionen- und Weltanschauungsunterricht" erwartet er sich vielmehr einen soziologischen Blick auf die verschiedenen Glaubensrichtungen. Es solle nicht um Glaubensfragen, sondern um die Funktion von Religion gehen. Konfessionell gebundener Unterricht würde seiner Ansicht nach dazu tendieren, die eigene Religion in den Mittelpunkt zu stellen.

Neuberger-Schmidt: Ethik und Religion nicht gegeneinander ausspielen

Lebens- und Sozialberaterin Maria Neuberger-Schmidt, Gründerin und Obfrau des Vereins Elternwerkstatt, schilderte, ihr Anlass, sich mit dem Thema Ethikunterricht zu beschäftigen, sei die eigenhändige Abmeldung ihres Sohnes vom Religionsunterricht gewesen. Sie sieht eine große Übereinstimmung zwischen den ExpertInnen, was die Forderung nach Einführung eines Ethikunterrichts betrifft. Offen sei allerdings die Frage, ob er anstelle des Religionsunterrichts oder zusätzlich zum Religionsunterricht eingeführt werden solle. Es gebe viele Pros und Kontras, meinte sie.

Neuberger-Schmidt selbst trat dafür ein, die SchülerInnen wahlweise zu verpflichten, einen konfessionell gebundenen Unterricht oder einen Ethikunterricht zu besuchen. Der Religionsunterricht sei heute sehr weltoffen und pluralistisch, es gebe sehr positive Rückmeldungen, argumentierte sie. Ethik und Religion sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Als wichtige Aufgabe des Ethikunterrichts wertete Neuberger-Schmidt die theoretische Reflexion: es gehe darum zu erkennen, warum man in einer bestimmten Art handle und wie man denke.

Positive Erfahrungen mit Schulversuchen

Im Rahmen der allgemeinen Diskussion wies Dieter Braunstein auf die positiven Erfahrungen hin, die er als Schuldirektor mit dem vor 14 Jahren begonnenen Schulversuch "Ethikunterricht" gemacht habe. Der in seiner Schule angebotene alternative Pflichtgegenstand werde von den SchülerInnen und den Eltern nicht nur akzeptiert, sondern auch eingefordert, bekräftigte er und wertete es in diesem Sinn als höchst an der Zeit, nach 14 Jahren Schulversuch das Pflichtfach Ethik flächendeckend einzuführen. Derzeit müsse jede einzelne Werteinheit für den Ethikunterricht durch Streichung anderer Unterrichtsangebote erkämpft werden, kritisierte Braunstein.

Universitätsprofessor Peter Kampits sprach sich ebenfalls ausdrücklich für die Einführung eines Ethikunterrichts aus. Budgetäre Probleme dürften dem nicht entgegenstehen, mahnte er. Gerade durch die Technisierung und die Verwissenschaftlichung des Lebens sei ein "ungeheurer Bedarf" an angewandter Ethik entstanden. Überdies sei eine zunehmende Bereitschaft von Jugendlichen zu aggressiver und grundloser Gewalt festzustellen. Der Argumentation Liessmanns könne er einiges abgewinnen, sagte Kampits, die Diskussion dürfe aber nicht in ein "Entweder-Oder" bzw. ein Gegeneinander zwischen Religion und Ethik ausarten.

Michael Jahn schloss sich den Ausführungen von Dieter Braunstein an und berichtete ebenfalls von positiven Erfahrungen in der Praxis mit dem Schulversuch Ethik. An seiner Schule habe man sich für eine gemeinsame Zeitschiene entschieden, die sehr gut funktioniere, skizzierte er. Konfessioneller Unterricht und Ethikunterricht finde in allen sechsten Klassen zur gleichen Zeit statt und werde zum Teil gemeinsam abgehalten. Die SchülerInnen lernten, zu argumentieren, zu tolerieren und einander Reibbaum zu sein.

FPÖ-Abgeordnete Anneliese Kitzmüller zeigte sich hingegen in Bezug auf die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts skeptisch. Sie fürchtet, dass jene, die sich weiter für den Religionsunterricht entscheiden, benachteiligt würden. Der Religionsunterricht müsse weiter bestehen bleiben wie bisher, bekräftigte sie. Kitzmüller plädierte allerdings dafür, den Religionsunterricht zeitgemäßer zu gestalten.

Oberhammer drängt auf weltanschaulich neutralen Ethikunterricht

Der Physiker Heinz Oberhammer wandte sich strikt dagegen, konfessionsfreie ÖsterreicherInnen als BürgerInnen zweiter Klasse zu sehen. In diesem Sinn trat er für die Etablierung eines weltanschaulich neutralen Ethikunterrichts ein, der von allen besucht werden müsse und von ausgebildeten Philosophen unterrichtet werde. Ihm erschließe sich das Argument, dass nur jene, die sich vom konfessionellen Religionsunterricht abmelden, zum Ethikunterricht verpflichtet werden sollen, nicht, sagte er. Oberhammer kritisierte auch die Einladung von zahlreichen Vertretern der Religionsgemeinschaften zur heutigen Enquete.

Karl Schiefmair trat als Vertreter der evangelischen Kirche für die flächendeckende Einführung des Ethikunterrichts in der Sekundarstufe II ein. Die evangelische Kirche befürchte zwar, dass ein solcher Schritt auf eine Schwächung des konfessionellen Religionsunterrichts hinauslaufe, sagte er, es sei aber notwendig, SchülerInnen, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben, Werte zu vermitteln. Zu den Einleitungsreferaten merkte Schiefmair an, der Ethikbegriff eines Albert Schweitzer habe nichts mit dem Ethikbegriff von Konrad Paul Liessmann zu tun.

Bildungsexpertin Anita Kitzberger hielt fest, die Realität einer pluralistischen Gesellschaft sei längst an den Schulen angekommen. Viele SchülerInnen würden nicht am Religionsunterricht teilnehmen, konstatierte sie, es solle aber für alle SchülerInnen die Möglichkeit geben, sich mit relevanten Dingen des Lebens zu beschäftigen. Damit der Ethikunterricht nicht "zu einem Schauplatz ideologischer Kämpfe wird", plädierte Kitzberger für ein eigenes Studium an den Universitäten mit einem eigenen Curriculum.

Friesl: Ethikunterricht darf keine Moral- und Sittenlehre sein

Seitens der Industriellenvereinigung sprach sich Universitätsprofessor Christian Friesl für einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle jene aus, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen. Der Bedarf an Wertebildung und ethischer Bildung sei groß, bekräftigte er. Ethikunterricht dürfe aber keine Morallehre und keine Sittenlehre sein. Friesl plädierte gleichzeitig dafür, Religionsunterricht als Vermittler von Ethik zu respektieren und das in den Lehrplänen entsprechend zu berücksichtigen.

Abgeordneter Andreas Karlsböck (F) hob die Bedeutung des Religionsunterrichts für die Vermittlung von Werten hervor und meinte, der Glaube sei immer noch ein sehr starkes Element in der österreichischen Gesellschaft, auch wenn die Zahl der Christen rückläufig sei. Ihm zufolge sind es die konstanten Werte, die die Menschen "groß gemacht" haben. Durch die Vermittlung einer Vielfalt von Wertevorstellungen in einem Ethikunterricht droht Karlsböck zufolge dem gegenüber Beliebigkeit. Alles sei gleich gut, alles sei gleich gültig, letztlich sei dann vielleicht alles gleichgültig, warnte er.

Abgeordnete Alev Korun (G) hielt es für wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Religionen und Wertetraditionen auseinandersetzen können und plädierte nachdrücklich dafür, den Ethikunterricht in den Regelunterricht zu übernehmen. Besonders wichtig sei dies für Kinder aus gemischt religiösen Familien. "Wir brauchen einen regulären Ethikunterricht für alle Schüler, egal aus welcher Religionsgemeinschaft sie kommen", unterstrich Korun.

Glaubensgemeinschaften einig: Religionsunterricht ist wichtig

Amena Shakir (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich) bezweifelte, dass Menschen, die Religionen nur von außen betrachten, über deren Wertangebot tatsächlich Auskunft geben können und unterstrich die Notwendigkeit, Ethiklehrer umfassend auszubilden. Der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen sei auch deshalb wichtig, damit die SchülerInnen nicht nur die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen kennenlernen, sondern ihren eigenen Standpunkte erfahren und ausbilden können. Dies erst befähige sie dazu, sich einer Gemeinschaft angehörig fühlen zu können.

Abgeordnete Katharina Cortolezis-Schlager (V) unterstrich die Bedeutung des Religionsunterrichts für eine wertorientierte Bildung der Kinder und das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft. Das Modell des Ethikunterrichts hat sich in Wien sehr gut für jene SchülerInnen bewährt, die sich aus dem Religionsunterricht abmelden. Junge Menschen brauchten Unterstützung bei ihrer Suche nach Antworten auf die Fragen: Woher komme ich, wer bin ich, wohin gehe ich? Der Ethikunterricht könne sie dabei unterstützen und solle für jene SchülerInnen verpflichtend eingeführt werden, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

Metropolit Michael Staikos (orthodoxe Kirchen Österreich) sprach für 400.000 orthodoxe Christen in Österreich, für die eine Integration in ihre neue Heimat ohne Religion und Kirche nicht möglich sei. Für die Mehrheit der Orthodoxen in Österreich sei der Religionsunterricht ein wichtiger Faktor bei der Identitätsbildung der jungen Menschen. Ein Ethikunterricht ohne Kirche sei für ihn nicht denkbar, sagte der Metropolit.

Jütte: Ethikunterricht darf nicht an Kostenfrage scheitern

Heidi Jütte (Familienbund) betonte die Notwendigkeit, soziale und persönliche Kompetenzen der Kinder zu entwickeln, erst in der Familie und dann auch in der Schule. Da der Ethikunterricht dazu beitrage, soll der Schulversuch Ethikunterricht in den Regelunterricht übernommen werden. Dieses Ziel dürfe nicht an Kostengründen scheitern. Je pluralistischer die Gesellschaft werde, desto wichtiger werde die Werterziehung, von der letztlich auch das Funktionieren der Demokratie und die Zukunft der Gesellschaft abhängen.

Chorbischof Emanuel Aydin (Syrisch-orthodoxe Kirche in Österreich) sprach die Befürchtung aus, ein verpflichtender Ethikunterricht könnte eines Tages den Religionsunterricht ersetzen. Die Kinder brauchten aber die Unterstützung ihrer Werteentwicklung durch die Religionen. Das gelte ganz besonders für MigrantInnen. Die Kirchen geben ihnen Lebensmittelpunkt und Sicherheit in der ihnen zunächst noch fremden neuen Heimat. Die religiösen Gemeinden bemühten sich um die Integration ihrer Mitglieder in die österreichische Gesellschaft im Zeichen der Nächstenliebe und des Respekts gegenüber allen Menschen. Daher soll der Religionsunterricht auch in Zukunft eine wichtige Rolle an den Schulen haben, schloss Aydin.

Abgeordnete Daniela Musiol (G) bekannte sich nachdrücklich zur Trennung von Kirche und Staat. Den laizistischen Staat ernst zu nehmen, könne nur heißen, den Ethikunterricht in den Schulen einzuführen und den SchülerInnen Gelegenheiten zu geben, sich mit den Grundwerten auseinanderzusetzen. Die Grünen wollen einen verpflichtenden Ethikunterricht, der Auseinandersetzung mit Weltanschauungen und Religionen bietet. Das ist etwas anderes als Religionsunterricht. Daher bedauerte die Rednerin, dass der Finanzrahmen die Einführung eines flächendeckenden Ethikunterrichts nicht zulässt.

Anas Schakfeh (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich) sah sich in der Frage des Ethikunterrichts einig mit den anderen Kirchen und Glaubensgemeinschaften in Österreich einig: Ein Schulfach Ethik soll den Religionsunterricht nicht ersetzen. Ein zusätzlicher Ethikunterricht würde aber Mehrkosten verursachen und möglicherweise dazu führen, dass auf den Religionsunterricht, der nur noch für jene da sei, die sich nicht abmelden, schließlich aus Ersparnisgründen verzichtet werden könnte. Anas Schakfeh wandte sich entschieden gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts. Ein Ethik- und Religionenunterricht könne einen Religionsunterricht nicht ersetzen, weil er die Orientierung nicht bieten könne, die eine Religion den Heranwachsenden bietet.

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum (G) wandte sich dagegen, SchülerInnen, die sich vom Religionsunterricht abmelden, zum Besuch des Ethikunterrichts zu verpflichten. Sie plädierte vielmehr für einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle einzuführen, die Teilnahme dürfe nicht davon abhängen, ob ein Schüler Religionsunterricht habe oder nicht.

Walter Hessler (Neuapostolische Kirche in Österreich) sah als Verantwortung der Schulen und als Aufgabe des Ethikunterrichts an, den jungen Menschen Grundlagen und Hilfestellungen für sittliche Entscheidungen anzubieten. Daher sei der Ethikunterricht für alle SchülerInnen einzuführen, die keinen Religionsunterricht besuchen und andererseits der Religionsunterricht für jene SchülerInnen aufrechtzuerhalten, die einer Religionsgemeinschaft angehören.

Abgeordneter Franz-Joseph Huainigg (V) begrüßte die heutige Ethikdebatte im Parlament und wünschte sich deren Fortsetzung. Junge Menschen suchten Orientierung und den Sinn des Lebens. Es gehe in der Ethik aber nicht nur um Menschenrechte, sondern auch um Menschenwürde, daher widersprach der Abgeordnete Konrad Paul Liessmann, der meinte, Ethik sei nur vernunftbezogen, und trat seinerseits dafür ein, den Ethikunterricht in der Sekundarstufe generell einzuführen - aber nicht in Konkurrenz zum Religionsunterricht.

Kastner für gemeinsamen Ethikunterricht aller SchülerInnen

Andreas Kastner (Bundesarbeiterkammer) bekannte sich zur Vorbereitung der jungen Menschen auf eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft und auf die Auseinandersetzung mit Werten und Traditionen. Eine Trennung der jungen Menschen nach den verschiedenen Religionen sei dabei wenig sinnvoll. Daher sollen alle jungen Menschen gemeinsam in ihren Schulklassen an einem allgemeinen Ethikunterricht teilnehmen, der von Lehrern geboten wird, die speziell dafür ausgebildet werden.

Bundesrätin Monika Mühlwerth (F) unterstrich die Wahlfreiheit der Eltern bzw. der SchülerInnen in der Jahrestufe und meinte, die Werteorientierung sei in allen Fächern relevant, auch in den naturwissenschaftlichen Fächern. Für die erste Werteentwicklung der Kinder sind die Eltern zuständig, sagte die Rednerin und zeigte sich skeptisch gegenüber staatlichen Vorgaben in der Werterziehung. Für die Verbindlichkeit der Werte sei nicht das Fach Ethik, sondern das Vorbild der Erwachsenen wesentlich.

Elisabeth Pietsch (Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage) unterstrich den Beitrag der Mormonen in Österreich zur Wertevermittlung in Österreich. Einen verpflichtenden Ethikunterricht von zwei Stunden pro Monat wünschte sich die Rednerin für alle SchülerInnen von der ersten Schulstufe an. Das müsste der Gesellschaft die Vermittlung ihrer konsensualen Werte und die Integration aller Gruppen wert sein. Vertreter aller Religionen und Weltanschauungen sollten an der Ausgestaltung des Ethikunterrichts mitwirken, sagte Pietsch.

Abgeordnete Rosa Lohfeyer (S) wies auf die positiven Erfahrungen mit dem Schulversuch "Ethikunterricht" hin und unterstrich die Möglichkeit, im Ethikunterricht die Integration der verschiedenen Religionen und Kulturen zu unterstützen. Auch könnte der Ethikunterricht dazu beitragen, gewalttätigen Formen der Konfliktaustragung und rassistischen Auffassungen den Boden zu entziehen. Daher sollte ein flächendeckender verpflichtender Ethikunterricht eingeführt und dafür auch ein eigenes Lehramtsstudium installiert werden.

Gerhard Weissgrab (Buddhistische Religionsgemeinschaft) sah die Zukunft in einem Ethikunterricht und einem Religionsunterricht ohne jede Konkurrenz zueinander. Es gehe um die möglichst frühe Förderung von Einsicht und des Wissens auf allen Gebieten und um die Unterstützung der Selbstverantwortung junger Menschen.

Bundesrat Stefan Schennach (S) sah die Aufgabe der Schule neben der Vermittlung von Wissen in der Vermittlung der Grundlagen des Zusammenlebens und der sozialen Integration. Dafür brauche man einen flächendeckenden Ethikunterricht, der mehr zu sein habe als ein Unterricht für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Es geht um die Vermittlung der Grundrechte in einer sich rasch und stark wandelnden Gesellschaft. Die Religionsgemeinschaften brauchten davor keine Angst zu haben, sagte der Redner und hielt fest, dass eine Erziehung der Grundwerte nicht an Budgetfragen scheitern dürfe.

Iris Schwarzenbacher (Aktion kritischer Schüler) mahnte die weltanschauliche Neutralität des Staates ein und verlangte einen geschützten Raum für die Werteentwicklung der SchülerInnen. Der Religionsunterricht könne dies nicht gewährleisten, er widerspreche dem demokratischen Gebot der Trennung von Kirche und Staat. Der Ethikunterricht solle laut der Schülervertreterin an die Stelle des Religionsunterrichts treten. Er dürfe nicht "Religion durch die Hintertür" bieten und hänge hinsichtlich seiner Qualität von der Ausbildung der dafür zuständigen Lehrer ab. Auch Schwarzenbacher forderte ein Lehramtsstudium Ethik.

Quin: Pflichtgegenstand "Ethik" für alle würde 160 Mio. € kosten

Eckehard Quin (GÖD) rechnete vor, dass die Einführung eines flächendeckenden Ethikunterrichts im Vollausbau als alternativer Pflichtgegenstand 16 Mio. bis 17 Mio. € kosten würde. Für einen neuen Pflichtgegenstand aller SchülerInnen wären 160 Mio. € aufzutreiben. Er glaube nicht, dass das Hohe Haus dreistellige Millionenbeträge in einen flächendeckenden Ethikunterricht investieren werde. Religionslehrer will Quin, der für die Einführung des Ethikunterrichts in der Sekundarstufe II plädierte, nicht vom Ethikunterricht ausschließen.

Horst Schachtner (GÖD) sprach als Religionslehrer und Leiter einer Berufsschule und sah die Bedeutung des Religionsunterrichts in der Entwicklung eines Standpunktes, der junge Menschen befähige, an ethischen Dialogen teilzunehmen. Der Religionsunterricht sei notwendig, der Ethikunterricht eine Alternative für SchülerInnen, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen.

Isabella Zins (GÖD) zeigte sich besorgt, dass trotz aller schönen Worte über einen verpflichtenden Ethikunterricht dessen Einführung "am schnöden Mammon" scheitern könnte. Es sei nicht realistisch, diesen Gegenstand für alle SchülerInnen einzuführen. Er soll allen SchülerInnen als Alternative zum Religionsunterricht angeboten werden, "damit die Alternative zum Religionsunterricht nicht Kaffeehaus heißt", schloss die Rednerin pointiert.

Vertreter der Parlamentsfraktionen beziehen Stellung

Abgeordneter Elmar Mayer (S) meinte es sei in der Diskussion gut gelungen, Einblick zu gewinnen, was die Schulen brauchen. Der Ethikunterricht stehe außer Streit, offen sei nur die Frage, wie er organisiert und finanziert werden soll. Dabei wies der Redner auf nicht abgerufene Mittel für den Religionsunterricht hin, die derzeit noch für andere Zwecke ausgegeben werden. Wir wollen einen Ethikunterricht, der selbstständig vom Staat mit speziell ausgebildeten Lehrern nach einem einheitlichen Lehrplan angeboten wird. Bei diesem Ziel sah Mayer die Politik gefordert.

Auch Abgeordnete Silvia Fuhrmann (V) sah die Enquete positiv und hielt die Vermittlung ethischer, religiöser und sozialer Werte in einer pluralistischen Gesellschaft für wichtig. Alle SchülerInnen sollen Zugang zur Wertevermittlung haben, auch jene, die sich vom Religionsunterricht abmelden. Sie brauchen einen alternativen Ethikunterricht, wie er sich in Schulversuchen bereits bewährt hat. Ausländerfeindliche Stereotype könnten abgebaut und die Integrationsbereitschaft gestärkt werden. Es geht um persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Orientierung der jungen Menschen und um die Vorbereitung auf schwierige Situationen in ihrem Leben. Fuhrmann plädierte für eine gute Zusatzausbildung der Lehrer in Pädagogischen Hochschulen und für die Einführung eines Ethikunterrichts auf der Sekundarstufe II für SchülerInnen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, als Pflichtgegenstand.

Für Abgeordneten Andreas Karlsböck (F) stehen Religionsunterricht und Ethikunterricht in Konkurrenz zueinander, wenn sie als Alternative eingeführt werden. Es sollte möglich sein, auch in beiden Fächern unterrichtet zu werden. Die Frage, ob Religionsunterricht oder Ethikunterricht angeboten wird, könnten auch die Schulpartner im Rahmen der Schulautonomie entscheiden, schlug der Redner vor. Die Religionen sind jedenfalls Teil des kulturellen Erbes und daher soll der Religionsunterricht so lange Teil des öffentlichen Unterrichts bleiben, solange dies die Kirchen wollen, hielt Karlsböck fest und erteilte allen Versuchen, den Religionsunterricht sukzessive abzuschaffen, eine Absage. Ethische Ansprüche müssen laut Andreas Karlsböck ohnehin alle LehrerInnen in allen Unterrichtsgegenständen erfüllen.

Abgeordneter Harald Walser (G) hielt einen erfolgreichen Ethik- und Religionenunterricht nur für möglich, wenn dies mit allen SchülerInnen möglich ist. Der Schuldirektor registrierte eine Krise des Religionsunterrichts, der sich schon lange selbst in Richtung eines allgemeinen Ethikunterrichts entwickle. Dieser Tendenz sollte der Staat Rechnung tragen und einen allgemeinen Ethikunterricht entwickeln. Es brauche die ganze Palette an Meinungen und Überzeugungen sowie den Dialog zwischen den SchülerInnen und mit den LehrerInnen, um Kindern die Werthaltung zu vermitteln, die von der Gesellschaft eingefordert werde. Dafür sehe das Bundesfinanzrahmengesetz bedauerlicherweise kein Geld vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (B) wandte sich gegen einen Ethikunterricht und verwies auf Erfahrungen in kommunistischen Diktaturen, wo staatlich verordneter Weltanschauungsunterricht als politischer Gesinnungsunterricht missbraucht wurde. Man müsse sehr genau darauf achten, wie ein Ethik-Lehrplan aussieht und wie die Werte heißen, die dort vermittelt werden sollen. Eigentlich gehe es darum, die jungen Menschen "das Werten" zu lehren und nicht, bestimmte politische Werte zu vermitteln. Das BZÖ nimmt an der Diskussion über den Ethikunterricht interessiert, aber sehr kritisch teil, sagte Stefan Petzner. (Schluss)

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0441/index.shtml

➔ **Siehe auch: Ethikunterricht: Weitere Klerikalisierung der Bildung droht**

PLATTFORM EDUCARE

- Selbstverständnis
- Forderungen
- Mitglieder
- Presse-Aussendungen

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Kinderarmut schuld an Sprachdefiziten

Kölnher Stadt-Anzeiger

Die Stadt hat die Zahlen der Sprachstandserhebung „Delfin“ ausgewertet, die anlässlich des Programms „Lernen vor Ort“ des Bundesbildungsministeriums erhoben worden sind. Mit diesem nicht unumstrittenen Testverfahren sind 2009 und 2010 insgesamt 18 500 ...

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Wenn der Kindergarten geschlossen oder kein Platz frei ist, sind die mobilen Tagesmütter/ väter des Hilfswerks Kärnten zur Stelle. - Der 5. Mai 2011 ist "Tag der Tagesmütter"

Klagenfurt (OTS) - "Wir brauchen vielfältige Kinderbetreuungsangebote, um jungen Menschen Mut zu machen, JA zu Kindern zu sagen", betont Hilfswerk-Präsidentin Elisabeth Scheucher-Pichler die gesellschaftspolitische Dimension der Frage, ob Familie und Beruf vereinbar seien. Scheucher-Pichler weiter: "Wir dürfen Frauen nicht vor die Wahl stellen, ob sie lieber Kinder bekommen oder einen Beruf ausüben wollen. Durch ausreichende Angebote, die durch Flexibilität und Individualität den Bedürfnissen der Kinder und der berufstätigen Eltern gerecht werden, muss beides möglich sein".

Die mobilen Tagesmütter betreuen die Kinder im Haushalt der Eltern. Gerade für kleine Kinder ist die Betreuung in der vertrauten familiären Umgebung ideal. Es gibt keine fix vorgegebenen Betreuungszeiten. Die Betreuung wird individuell abgestimmt auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder. Wenn Kindergärten oder Kinderkrippen geschlossen haben oder wenn Kinder aus gesundheitlichen Gründen den Kindergarten nicht besuchen können, stehen mobile Tagesmütter bereit.

Auskünfte zur mobilen Kinderbetreuung des Hilfswerks erhalten interessierte Eltern in jeder Hilfswerk-Bezirksstelle und unter 050544-00.

Rückfragehinweis:

Hilfswerk, Landesgeschäftsstelle Kärnten
Dr. Brigitte Hingerl, Marketing und interne Kommunikation
Tel.: 050544-5009
<mailto:brigitte.hingerl@hilfswerk.at>
<http://kaernten.hilfswerk.at/>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/403/atom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

"Tages-Muttertag" am 5. Mai – Tagesmutter. in Beruf mit Zukunft und Sinn.

St.Päpsten (OTS) - Zuhause bei den Kindern sein, dabei selbstständig arbeiten und täglich Freude, Erfüllung und schöne Überraschungen erfahren: Das zeichnet den Beruf einer Tagesmutter aus. Ihnen und allen anderen Hilfswerk-Tagesmüttern in Niederösterreich ist der landesweite traditionelle "Tag der Tagesmutter" gewidmet, heuer am 5. Mai. Ein Tag, an dem sich Eltern, aber auch Jobsuchende über die beliebte Form der Kinderbetreuung informieren können.

"Die Tagesmutter kennt ihre Schützlinge ganz genau, unterstützt bei den Hausaufgaben und sorgt für eine sinnvolle Freizeitgestaltung", sagt Elke Fuchs, Leiterin Kinder, Jugend und Familie des NÖ Hilfswerk. "Und ein Vorteil für berufstätige Eltern: die Betreuungszeiten werden frei vereinbart, was vor allem in Notsituationen, zu Randzeiten oder in den Ferien eine große Entlastung bedeutet," sagt Fuchs weiter. Die Nachfrage nach kompetenten Tagesmüttern, die zur Familie passen, ist deshalb groß - und damit gehört die Kinderbetreuung im familiären Umfeld zu einem der krisensichersten Berufe überhaupt.

Neue Tagesmütter sind beim Hilfswerk Musterdorf sehr willkommen - denn aufgrund der großen Nachfrage können Betreuungsplätze knapp werden. Interessierte können sich jederzeit beim Hilfswerk melden - die kostenlosen Ausbildungskurse starten laufend. Oder Sie nutzen den "Tag der Tagesmütter", um sich direkt vor Ort beim Hilfswerk in Ihrer Nähe, bei den örtlichen Tagesmüttern oder auf der homepage www.noe.hilfswerk.at zu informieren.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM/Original Bild Service, sowie im OTS Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

Rückfragehinweis:

Sinja Gabriele Wasner, NÖ Hilfswerk, Presse & Kommunikation
Tel.: 02742/249-1121 Mobil 0676/8787 70712
<mailto:sinja.wasner@noe.hilfswerk.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/403/atom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Lifelong Guidance Fachtagung "Professionalisierung für Berater/innen und Qualitätssicherung von Angeboten"

→ Siehe die pdf-Beilagen: „Programm..“, „Einladung..“, „Anmeldeinformation..“

Mag.a Romana Knorre
Tel.: 0043676/84 17 17 45
Projekt BerufsFindungsBegleiter/in MIG - Lehrstellenbewerbungsmanagement
Region Voitsberg
Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft
Freiheitsplatz 2/III
8010 Graz

www.berufsorientierung.at
www.ibea.co.at
www.stvg.com
www.lifelongguidance.at

Ehe und Familie im Islam - am Beispiel des Iran - Frühstückstreffen des Österreichischen Familiennetzwerks

Die Referentin, Frau Anna Maria, stammt aus Persien und kam im Erwachsenenalter nach Österreich. Hier wurde sie in die Katholische Kirche aufgenommen und arbeitete anschließend als Lehrerin für erwachsene Taufbewerber und als Übersetzerin. Derzeit studiert sie Theologie.

Donnerstag, 12. Mai 2011, 8.45 bis 10.00 Uhr, Café Schottenring (Börsesalon) www.cafe-schottenring.at, 1010 Wien, Schottenring 19

Tagung „Bis hierher... und weiter! Neue Ansätze der Alphabetisierung und Grundbildung“, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Veranstaltung des Verbundprojekts AIBi am 26. Mai in Mainz für Praktiker in der Grundbildungsarbeit und alle weiteren Interessenten Link Deutsch:
<http://idw-online.de/de/news421231>

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.
Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!